

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

29.3.1912 (No. 88)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 88

Freitag, den 29. März 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wofelbst auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 Pf.,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die 6mal gepaltene Beilage oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung,
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,
für das

II. Quartal 1912

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich unter dem 9. März 1912 gnädigst bewogen
gefunden, dem Fürstlich Waldeck'schen Hofrezeptor Karl
Meher, genannt Wolfgang Neander, in Hannover das
Ritterkreuz II. Klasse Höchstzweites Ordens vom Bär-
ringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Fürstlich
Fürstenbergischen Oberförster Reichle in Waghäusern
die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme
und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Preußi-
schen Kronenordens vierter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Professor
an der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe
Maler Friedrich Fehr die untertänigst nachgesuchte Er-
laubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm ver-
liehenen Königlich Bayerischen Prinz-Regent Luitpold-
Medaille in Silber zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich
Württembergischen Konsul Emil Müller in Karlsruhe
die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme
und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des
Ordens der Württembergischen Krone zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Hoflakaien
August Wiedemann, Hermann Erb, Alois Hartmann,
Johann Schäfer und Gustav Kühner in Karlsruhe die
untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und
zum Tragen der ihnen verliehenen silbernen Medaille
des Herzoglich Nassauischen Militär- und Civil-Verdienst-
Ordens Adolphs von Nassau zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Hoflakaien
Franz Mopp in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte
Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm ver-
liehenen silbernen Medaille des Herzoglich Nassauischen
Militär- und Civil-Verdienst-Ordens Adolphs von Nassau
zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Technischen
Direktor der deutschen Weinbaugesellschaft Achala in
Barras Hermann Klippel die untertänigst nachgesuchte
Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm ver-
liehenen Ritterkreuzes des Königlich Griechischen Erlöser-
ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Portier
der Fürst Michael Sturdza-Kapelle, Schutzmann a. D.
Wilhelm Schaub in Baden-Baden, die untertänigst nach-
gesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der
ihm verliehenen Königlich Rumänischen Verdienst-
medaille II. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unterm 20. März 1912 gnädigst geruht, den Ober-
eisenbahnsekretär Karl Gaus in Lauda zum Oberstations-
kontrollleur zu ernennen.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und
des Auswärtigen ist unterm 31. Januar 1912 Rechts-
anwalt Dr. August Treutle in Bruchsal, der seine Zu-
lassung beim Amtsgericht Bruchsal, beim Landgericht
Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsfachen in
Pforzheim aufgegeben hat, als Rechtsanwalt beim
Landgericht Freiburg mit dem Wohnsitz in Freiburg zu-
gelassen worden.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großh.
Hauses, der Justiz und des Auswärtigen vom 21. März
1912 wurde dem Ober-Postassistenten Ludwig Waben-
bach in Freiburg (Br.) der Titel Postsekretär verliehen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichstag.

Berlin, 27. März.

Am Bundesratssitzungssaal. Präsident Dr. Kaempf
eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Auf der Tagesord-
nung steht zunächst die erste Lesung des Handels- und
Schiffahrtsvertrages mit Bulgarien. Der Vertrag wird
in erster und dann auch sofort in zweiter Lesung ohne
Debatte angenommen. Es folgt die zweite Lesung des
Notetats. Abg. Erzberger (Zentr.) berichtet über die
Verhandlungen in der Kommission und empfiehlt die
Vorlage zur Annahme. Die Vorlage wird ohne Debatte
angenommen. Sodann tritt das Haus in die Fortsetzung
der Beratung des Postetats ein.

Abg. Berner-Giesen (wirtsch. Pgg.):
Der gute Abschluß der Postverwaltung ist ein erfreuliches
Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung in Handel
und Industrie. In der Denkschrift hätten genaue Mit-
teilungen gemacht werden müssen über die Arbeiterverhältnisse
und die Sonntagsruhe für die Beamten. Die Krankenverfö-
gungspflicht für die Postbediensteten und Beamten muß aus-
gedehnt werden. Den Pensionären und den Witwen und
Waisen müssen die Bezüge angehoben werden. Den gebore-
nen Unterbeamten muß angelehnt ihres abgelegten Examen
auch eine angemessene Wertung ihrer Dienstleistung zuteil
werden. Wohnungszuschuß für die meist linderreichen Unter-
beamten ist angelehnt des Wohnungsgeldes für Beamten
meist nicht gerecht bemessen. Die Postbeamten haben den Wunsch
auf Sicherstellung für Krankheit und Alter. Eine persönliche
Zulage von 300 Mark für Postassistenten ist durchaus gerecht.
Den berechtigten Wünschen der Beamten muß entsprochen
werden, denn ein zufriedener Beamtenstand ist not-
wendig im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Abg. Dr. Will-Schlettstadt (Gläubiger):
Den Arbeitern und Handwerkern, die in das Beamtenver-
hältnis eintreten, muß die Zeit ihrer früheren Beschäftigung
auf die Dienstzeit angerechnet werden. Die Sonntagsruhe
wird den Beamten vielfach derart verfürzt, daß Verstim-
mungen unausbleiblich sind. Wenn wir den Postbeamten ent-
gegenkommen und sie nicht schlechter stellen wollen, als die
Eisenbahnbeamten, so müssen sie auch bei den Wahlen ihre
nationale Pflicht tun.

Abg. Bruhn (Deutsche Reformpartei) tritt gleich-
falls für die Interessen der Unterbeamtenerschaft ein.

Abg. Wendel (Soz.):
Wie in England, sollte auch bei uns die Telephonnummer
als Telegrammadresse eingeführt werden. Die Beamten be-
klagen sich über zuwiele Aufsichtsbefugnisse. Wenn der Staats-
sekretär alle sozialdemokratischen Wähler aus seinem Ressort
ausmerzen wollte, so dürften recht erhebliche Leistungsstörun-
gen entstehen. (Große Heiterkeit.) In dem Kampf des Zent-
rums gegen die postlagernden Briefe zeigt sich der
Geist Boerens. (Heiterkeit.) Nicht nur milderisch ist der An-
trag, da die Liebesbriefe mit Geldstrafen belegt werden sollen,
er ist auch verkehrsförderlich.

Staatssekretär Kracke:
Auch heute noch dulde ich keinen Sozialdemokra-
ten in der Post- und Telegraphenverwaltung. (Lachen bei
den Soz.) Das dies notwendig ist, hat der Vordredner und der
Abgeordnete Zubeil in trefflicher Weise bewiesen. Beide haben
nichts getan, als die Beamten zum Streit aufgeführt. Ich
kenne die Beamten besser als Sie. Sie beleidigen die
Beamten, wenn Sie ihnen zumuten, ihren Eid zu brechen.
Die neulich hier über die angeblich gebrochene Amtseidver-
pflichtung von Abg. Sachse gemachten Angaben treffen nicht zu.
Diesen Mafel hätten die Sozialdemokraten hier öffentlich,
nachdem sich herausgestellt hat, daß der Vorwurf nicht zutrifft,
von den Postbeamten nehmen müssen. Solange Sie diesen
Vorwurf nicht zurücknehmen, werden die Postbeamten über-
zeugt sein, daß Sie nicht ihre Freunde sind. (Beifall.)

Abg. Sachse (Soz.):
Es ist richtig, daß ich gesagt habe, die Postbeamten dürfen
nicht ausfragen. Es hat sich herausgestellt, daß das ein Fehler
war, und daß es sich um Polizeibeamte handelt. Ich habe
keinen Wert darauf gelegt, diese Kleinigkeit besonders festzu-
stellen. (Alal rechts.) Es ist ein neuer Prozeß im Gange und
in dem wird nachgewiesen, daß Bestechungsgelder von Zeichen-
verbänden an Postbeamte gezahlt wurden.

Staatssekretär Kracke:
Das Urteil ist gefällt und lautet dahin, daß Indiskretionen
von Postbeamten nicht begangen wurden. (Hört! hört!) Et-
was anderes kommt nicht in Betracht. Herr Sachse hätte seine
falsche Beschuldigung von sich aus zurücknehmen müssen.

(Mit zwei Landtagsbeilagen.)

Abg. Dertel (kons.):
Der Staatssekretär findet uns und die große Mehrheit des
Hauses auf seiner Seite, wenn er Sozialdemokraten nicht in
seinem Amte duldet. Wir sind bereit, alle berechtigten Wünsche
der Postbeamten zu erfüllen, soweit sie durchführbar und mit
dem Gesamtinteresse vereinbar sind. Die Provinzpresse sollte
vor der übermäßigen großstädtischen Konkurrenz geschützt
werden. Die Verhältnisse auf dem Lande sollten ver-
bessert werden. Die Ausdehnung des Ortsverkehrs ist wün-
schenswert. Wie steht es mit der Fernsprechnetzordnung?
Wir wünschen für Soldaten Paketpostfreiheit. Mit der Amts-
leitung des Staatssekretärs sind wir voll einverstanden. Wir
hoffen, ihn noch lange im Amte zu sehen, bis der Wunsch des
Herrn Wendel erfüllt ist, und er im sozialdemokratischen Zu-
kunftstaat Staatssekretär a. D. sein wird. (Heiterkeit und
Beifall.)

Staatssekretär Kracke:
Die Bedürfnisfrage ist für die Landbestellung ausschlag-
gebend. Die Fernsprechnetzordnung kann nicht in Aus-
sicht gestellt werden. Mit den Soldatenleistungen ist vielfach
Anfang getrieben worden. Die jetzigen Portofrühe sind sehr mä-
ßig. Inländische Posttelegramme zu verbilligen, geht nicht an.
Ein großer Teil der Agenten wünscht die Versicherung nicht,
da sie pekuniär dadurch belastet würden. Im übrigen stehen
wir ihnen durchaus sympathisch gegenüber.

Abg. List (natl.):
Den Angriff des Abg. Wendel auf meinen Fraktionsfreund
Wed muß ich mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Unter-
beamten werden überzeugt sein, daß ihre Interessen besser bei
ihm aufbewahrt sind, als bei den Sozialdemokraten, die hier
nur stundenlange Reden halten können. — Wedner geht sodann
auf die Wünsche einzelner Beamtenkategorien ein und em-
pfeht die Resolution auf Anrechnung der Dienstzeit als Arbeit-
er oder Handwerker bei späterer Beamtenamtstätigkeit, sowie auf
Erweiterung des Erholungsurlaubes für Post- und Telegra-
phenbeamte. Wenn das einheitliche Weltpostporto nicht erreich-
bar ist, so sollte doch mindestens im Verkehr mit den Nachbar-
ländern eine Portoverminderung eintreten.

Staatssekretär Kracke:
Der Wunsch, mit den Nachbarländern ein billigeres Porto
zu haben, ist bekannt, und wir wollen dem auch Rechnung tra-
gen. Es zeigen sich aber große Schwierigkeiten wegen der Kon-
sequenzen bei dem Verkehr mit den anderen Ländern.

Abg. Hubrich-Ober-Barnim (fortsch. Vp.):
Die Sparamkeit in unserer Postverwaltung ist selbstver-
ständlich zu begrüßen, doch darf sie nicht übertrieben oder am
verehrten Fleiß angewendet werden. Die Vortrefflichkeit un-
serer Postverwaltung wird vom Auslande williger anerkannt,
als vom Inlande. Die Sünden der Stephanschen Personal-
politik machen sich noch heute im dritten und vierten Gliede
geltend, trotzdem die Personalordnung nun seit zwölf Jahren
beseitigt ist. Den Postbeamten fehlt es an einer ordentlichen
Betreuung, die ihre Wünsche zur Geltung bringt. Zu ihrem
Bedauern sind sie deshalb auf den Reichstag direkt angewiesen.
Eine bessere Besoldungsordnung ist dringend nötig. Ich bin
überzeugt, daß die Postunterbeamten es ablehnen, sich von
Herrn Zubeil vertreten zu lassen, wenn er ihnen zumutet, daß
sie ihren Eid nicht halten. (Bravol!) Niemand von den Post-
beamten denkt an einen Streik oder an passive Resistenz. Den
guten Rat des Herrn Wendel lehne ich in ihrem Namen ab.
(Beifall links.)

Abg. v. Czarlinski (Pole):
Wir müssen unseren Antrag auf Streichung der Stimm-
zulage aufrechterhalten. Die Ansichten der fortschrittlichen
Volkspartei haben sich in dieser Hinsicht seitdem geändert. Diese
Zulage fördert die Charakterlosigkeit und nicht aus nach De-
mokratentum.

Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. v. Czarlinski
wegen der letzten Bemerkung zur Ordnung. Nach einer
weiteren kurzen Bemerkung des Abg. Frhrn. v. Scheele
(Welfe) wird ein Antrag auf Schluß der Debatte ange-
nommen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Das
Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Darauf wird
die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.
Außerdem Schiffahrts- und Handelsvertrag mit Bul-
garien, dritte Lesung des Notetats. Ein Antrag des Abg.
Frhrn. v. Camp (Reichsp.), den Bericht der verstärkten
Geschäftsordnungskommission über Anerkennung der
Reichspartei als Fraktion bereits auf die morgige Ta-
gesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Berlin, 28. März. Die Geschäftsordnungskommission
des Reichstages nahm gestern den Paragraphen 32a in
folgender vom Zentrum vorgeschlagene Form an: Wer-
den Interpellationen in so großer Zahl eingereicht, daß
die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des
Reichstages verhindert wird, so kann der Reichstag bis
zur Beseitigung des Hindernisses die Verhandlungen
über die Interpellationen auf einen bestimmten wöchent-
lichen Sitzungstag beschränken.

Berlin, 27. März. Die Wahlprüfungskommission des
Preussischen Abgeordnetenhauses erklärte die Wahl des
Abgeordneten Wohlhart (natl.) 14. Cassel für gültig.

Deutsches Reich.

Die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord und das Begleitschiff sind gestern mittag gegen sechs Uhr nach herrlicher Fahrt beim schönsten Wetter vor Korfu eingetroffen. Die Forts feuerten Salut. Die „Hohenzollern“ und der Kreuzer „Solberg“ gingen im Hafen vor Anker. Der Kaiser blieb an Bord.

J. Berlin, 26. März. Dem Vernehmen nach gedenkt der Reichskanzler sich um die Osterzeit zum Kaiser nach Korfu zu begeben. Der Kaiser hatte den Kanzler eingeladen, dorthin zum Vortrag zu kommen.

Der Großherzog von Hessen hat der „Darmstädter Zeitung“ zufolge anlässlich der Feier des 75jährigen Bestehens des evangelischen Predigerseminars zu Friedberg dem Direktor des Seminars, Professor der Theologie und Pfarrer zu Friedberg Dr. Karl Eger, den Charakter als Geheimer Kirchenrat erteilt und den Professor der Theologie am Predigerseminar und Pfarrer zu Friedberg, Dr. Jakob Schoell, das Ritterkreuz erster Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen verliehen. Ferner hat der Großherzog der „Darmstädter Zeitung“ zufolge die Erteilung des Kommissoriums als stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat an den Ministerialrat im Ministerium der Finanzen und Vorsitzenden der Abteilung für Steuerwesen, Geh. Rat Dr. Becker, genehmigt.

Bei Beratung des Etats für Siamtschau in der Budgetkommission des Reichstages erklärte Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann über die politischen Umwälzungen in China: Der Präsident Yuanzhikai sei wohl ein Mann, der Vertrauen verdiene. Allerdings habe auch er sich der Schwierigkeiten bei den jüngsten Truppenunterzügen der Unruhen nicht ganz gewachsen gezeigt. Es fehle an Geld. Die Regierung werde der Lage Herr werden, falls sie schnellig Geld erhalte. Die von Yuanzhikai erstrebte 60 Millionen anleihe habe er teilweise erlangen können. Die deutsche Regierung verfolge in vollstem Einvernehmen mit den übrigen Mächten das Prinzip der Nichtmischung und eventuell der Verständigung über gemeinsame Aktionen. Deutschland werde gegen alle Versuche, China aufzuteilen, eintreten. Das Reich müsse als Ganzes erhalten und in wirtschaftlicher Beziehung die Politik der offenen Tür garantiert werden. Die Unruhen sind noch keineswegs beendet. Von vielen Seiten kommen Hilferufe. Deshalb sei eine Vermehrung der Schutztruppen um 500 Mann (auf 2500 Mann) dringend notwendig. In Peking und im Norden haben jetzt bereits stehen: England 102 Offiziere und 2728 Mann, Frankreich 46 Offiziere und 1346 Mann, Japan 69 Offiziere und 1165 Mann, Russland 10 Offiziere und 467 Mann, außerdem in der Nordmandschurei große Truppenmassen, und Nordamerika 32 Offiziere und 831 Mann. Dazu kommt eine entsprechende Anzahl von Geschützen und Maschinengewehren. Ferner haben die Schutzmächte Chinas noch Truppenkontingente in ihren Gebieten. — Die Erklärung wurde von der Kommission mit Befriedigung aufgenommen. Die für die Vermehrung der Schutztruppen angeforderten 650 000 Mark wurden bewilligt. Dafür stimmten auch einige Sozialdemokraten. Ebenso wurde der Etat als Ganzes genehmigt.

Aus Heer und Marine.

Der Heeresetat 1912.

* Der dem Reichstag nunmehr vorliegende Heeresetat für 1912 gründet sich vorwiegend auf das Friedenspräsenzgesetz von 1911 und kommt in Ausführung des § 3 dieses Gesetzes, wonach die Erhöhung der in dem Gesetz festgelegten Friedenspräsenzstärke und die Verteilung der Erhöhung auf die einzelnen Waffengattungen, ebenso wie die Zahl der Stellen für Offiziere usw. für jedes Rechnungsjahr der Feststellung durch den Reichshaushalt bedarf, zur Beratung. Was für 1912 an Änderungen in Vorschlag gebracht wird, geht kaum über den Rahmen des Gesetzes hinaus.

Nach der Begründung des vorjährigen Gesetzes hatte sich die Erhöhung des Etats der Bataillone zweier Infanterieregimenter als notwendig herausgestellt. Hier von soll ein Regiment, das 174. in Colmar, wie alle Grenzregimenter im Westen, nunmehr am 1. Oktober den höheren Etat (22 Offiziere, 641 Mann statt 18 Offiziere, 571 Mann) bekommen, nachdem das Infanterieregiment Nr. 172 ihn bereits am 1. Oktober v. J. erhalten hat. Wie es bereits für 5 Maschinengewehrabteilungen im Gesetz vorgesehen war, sollen zum 1. Oktober d. J. die Maschinengewehrabteilungen Nr. 6 in Sensburg und Nr. 9 in Colmar in Maschinengewehrkompanien umgewandelt und als solche dem 151. Infanterieregiment in Sensburg und dem 172. in Neubreisach angegliedert werden. Die Maschinengewehrabteilung Nr. 12, die dem Schützenregiment Nr. 108 zugeteilt war, ist bereits am 1. Oktober v. J. aufgelöst worden. Somit bestehen vom 1. Oktober ab noch 13 Maschinengewehrabteilungen, die zur Verwendung bei Kavalleriedivisionen vorgesehen sind, von denen aber noch weitere 2 im Laufe der nächsten 4 Jahre eingehen sollen. Von den bis 1915 zu errichtenden 10 Bespannungsabteilungen der Fußartillerie sollen zum 1. Oktober fünf ins Leben treten, so daß die Armee dann im ganzen 19 solcher Abteilungen besitzt, die in erster Linie dazu dienen, die schwere Artillerie im Kriege zu bilden.

Die größte Veränderung ist beim Train in Aussicht genommen; es sollen vorläufig sechs Kommandeure des Trains von den in Vorschlag gebrachten acht zu dem Range von Regimentskommandeuren befördert werden, außerdem sollen eine Traindepotinspektion und zwei Traindepotdirektionen errichtet werden. Dafür sollen zwei Traindirektionen in Fortfall kommen. Damit werden die jetzt einen wesentlichen Teil der Trainbataillone bildenden Traindepots von diesen getrennt, selbständig gemacht und unmittelbar den Traindepotdirektionen unterstellt. Eine Vermehrung des Pferdeetats ist bei der Feldartillerie, den Funkentelegraphen der Telegraphenbataillone und den Trainbataillonen vorgesehen. Eine Vermehrung der Mannschaften der Bezirkskommandos war teilweise bereits am 1. Oktober v. J. eingetreten. Nunmehr ist aber noch die Errichtung von zwei Bezirkskommandos 5 und 6 Berlin vorgesehen, bedingt durch die rasche Zunahme der kontrollpflichtigen Mannschaften in Berlin und des in Kontrolle der Landwehrinspektion Berlin stehenden Kreises Teltow.

Bezeichnend ist, daß in der Begründung des Friedenspräsenzgesetzes vom 27. März 1911 wohl von den Fortschritten auf dem Gebiete der Funkentelegraphie, des Kraftfahrwesens und der Luftschiffahrt die Rede ist, daß man aber der Entwicklung des Flugwesens noch keine große Bedeutung beilegte, während die inzwischen gesammelten Erfahrungen zu einer angemessenen Berücksichtigung auch dieser fünften Waffe geführt haben.

Auslandsübersicht.

Rom, 28. März. In der Deputiertenkammer erklärte der Justizminister, daß das jüngste *Notu proprio* des Papstes, das Laiken zu verbieten sucht, Angehörige des Priesterstandes vor die gewöhnlichen Gerichtshöfe zu ziehen, für Italien nicht im geringsten Geltung haben könne, das als Grundlage seines Rechts Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz aufstelle.

Paris, 28. März. Nach einer ansehnlichen offiziellen Meldung beabsichtigt die französische Regierung die Verhandlungen mit Spanien erst nach Unterzeichnung des Protokollsvertrages durch den Sultan Mulah Hafid wieder aufzunehmen. Die diesbezüglichen Besprechungen zwischen dem Sultan und dem Gesandten Regnault werden heute in Fez beginnen. Wie aus Madrid gemeldet wird, ist die Meldung, daß der englische Botschafter Punsen einen Vermittlungsvorschlag betr. der von Frankreich geforderten Gebietsentschädigung im Berggebiet gemacht habe, unbegründet.

London, 28. März. Das Oberhaus hat die Mindestlohnbill in zweiter Lesung angenommen. Die Verhandlungen wurden auf heute vertagt.

Grossherzogtum Baden.

Karlruhe, 28. März.

Gestern abend nahm Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai entgegen.

Heute vormittag hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb.

Um 10 Uhr wohnten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise der Konfirmation der Kadetten im Kadettenhause an. Um 12 Uhr empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog Seine Durchlaucht den Erbprinzen zu Fürstberg, welcher zum Leutnant im Regiment der Gardes du Corps ernannt ist, zur Meldung.

Nachmittags und abends folgten die Vorträge der Geheimräte D. Selbing und Dr. Freiherr von Babo.

** Aus Anlaß der durch die halbamtlichen Verlautbarungen in der Presse bekannt gewordenen Tatsache, daß der Bundesrat beabsichtige, dem Reichstag zur teilweisen Deckung der Kosten der Wehrvorlage, dem Besetzung des Branntweinkontingents vorzuschlagen, haben in unserm Landtage die Zentrums- und die fortschrittliche Volkspartei durch Einbringung einer Interpellation, die nationalliberale Partei durch Einbringung eines Antrags ihre Meinung dahin kundgegeben, daß durch die Besetzung des Kontingents eine Gefährdung der Existenz der kleinen und mittleren Brennereien unseres Landes unter keinen Umständen eintreten dürfe.

Die Interpellation der Zentrums- und der Volkspartei lautet: Die Branntweinsteuer, insbesondere die sog. Liebesgabe betr. Die Unterzeichneten richten an die Großh. Regierung folgende Anfrage: Ist es richtig, daß seitens des Bundesrats die Einbringung eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Abschaffung der differenziellen steuerlichen Behandlung des kontingentierten und des nichtkontingentierten Branntweins, der sogenannten Liebesgabe, beabsichtigt ist? Bejahendenfalls: Welche Stellung nimmt die Gr. Regierung gegenüber diesem Gesetzesvorschlag ein? Was gedenkt sie zu tun oder was hat sie getan, um die den kleinen und mittleren Brennereien unseres Landes durch eine solche gesetzgeberische Maßnahme drohende Schädigung fernzuhalten?

Der Antrag der Nationalliberalen hat folgenden Wortlaut:

Die Branntweinsteuer betreffend. Die Unterzeichneten stellen den Antrag, daß die Großh. Regierung bei der bevorstehenden Abänderung des Branntweinsteuergesetzes mit allem Nachdruck beim Bundesrat dafür eintreten wolle, daß die bisherigen Vergünsti-

gungen der badischen Zwergebrenner, welche aus Obff und Weinrückständen die sog. Qualitätsbranntweine herstellen, erhalten bleiben und daß der Satz von 84 Pf. pro Liter Alkohol unter keinen Umständen erhöht werde.

Die Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei stellt, soweit sie sich auf das Branntweinkontingent bezieht, folgende Frage:

Was gedenkt sie zu tun, um bei der geplanten Aufhebung der sogenannten Liebesgabe die Interessen der kleinen und mittleren Brenner zu wahren?

Da der Landtag nicht mehr in der Lage ist, vor den Osterferien die Beantwortung dieser Interpellationen entgegenzunehmen, es aber mit Rücksicht auf die in den Kreisen der badischen Brenner bestehende große Beunruhigung angezeigt erscheint, schon bald die gewünschte Aufklärung zu geben, so sei über den Gegenstand der genannten Interpellationen und der Anfrage folgendes bemerkt:

Die Stellung der badischen Regierung zu dem in der sog. Branntweinliebesgabe für die süddeutschen Brenner liegenden Schutz ergibt sich klar und deutlich aus den Ausführungen, die Finanzminister Dr. Rheinboldt in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 1. Februar d. J. gemacht hat. Er hat am Schluß dieser Ausführungen gesagt, daß die badische Regierung aus den von ihm dargelegten Gründen stets für die Branntweinkontingentierung mit Nachdruck eingetreten sei, weil sie in dieser Kontingentierung ein Entgelt für die Aufgabe unseres Branntweinsteuer-Reservatrechts erblicken müsse und weil sie der Meinung sei, daß wir nur dadurch dem Lande unsere Brennereindustrie erhalten können. Er hat an einer anderen Stelle seiner Rede weiter erklärt, daß die Stellung der badischen Regierung in dieser Frage stets die gleiche bleiben müsse, wenn die Regierung das Interesse des Landes richtig wahrnehmen wolle.

Damit wollte der Finanzminister selbstverständlich nicht sagen, daß die badische Regierung die unveränderte Erhaltung der Branntweinkontingentierung in ihrer heutigen Gestalt und Ausdehnung für unbedingt notwendig hält, sondern er wollte lediglich zum Ausdruck bringen, daß der derzeitige Zustand nur soweit, als darin ein Schutz der unter schwierigen Verhältnissen arbeitenden badischen Brennereien gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der unter günstigeren Bedingungen produzierenden norddeutschen Brennereien enthalten ist, zur Sicherung der Existenz unserer Brennereien, insbesondere der mittleren und kleineren, unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß.

Die badische Regierung ist daher ohne Änderung dieses zweifellos berechtigten Standpunktes in der Lage, einer Befreiung des Kontingents unter der Bedingung ihre Zustimmung zu geben, daß der bezeichnete Schutz in einer völlig ausreichenden und auch seine dauernde Erhaltung hinreichend sichernden Weise ins Belassen wird.

In dieser Richtung werden die Bemühungen der badischen Regierung bei der beabsichtigten Neugestaltung der Verhältnisse im Brennereigewerbe sich bewegen. Dabei wird die Regierung vor allem auch darauf hinzuwirken suchen, daß die Bedingungen für das in unserem Lande seit urdenklichen Zeiten eingebürgerte und durch seine Produkte (Schwarzwälder Kirchwasser) rühmlichst bekannte Brennereigewerbe möglichst erträglich gestaltet werden, damit dieses Gewerbe nicht dem Ruin verfallt. Es darf gehofft werden, daß unsere Forderungen, die, abgesehen von den wirtschaftlichen Verhältnissen, sich teils auf noch bestehendes Reservatrecht, teils auf aus unserm früheren Reservatrecht hervorgehende Billigkeitsgründe stützen, entgegenkommen finden werden, zumal ihre finanzielle Bedeutung ganz gering ist und die für den großen nationalen Zweck, dessen Verwirklichung uns allen am Herzen liegt, aufzubringenden Mittel dadurch nicht geschmälert werden.

* Jungdeutschlandbund Baden.

In Anwesenheit Seiner Großh. Hoheit des Prinzen Max von Baden hielt der im Februar d. J. begründete Jungdeutschlandbund Baden unter Vorsitz des Generalleutnants z. D. Jaeger Schmid am 27. März seine 1. Hauptvorstandssitzung ab, in der eine Reihe wichtiger und für die Entwicklung des Bundes bedeutungsvoller Fragen besprochen bzw. erledigt wurden. Erfreulicherweise herrscht rührige Tätigkeit und wird den Bestrebungen des Bundes in allen Teilen des Landes wärmstes Interesse entgegengebracht. Tätige, fördernde Mitglieder und Stifter treten in großer Zahl dem Bunde bei. Nach Einsichtnahme ihrer Satzungen sind bereits geschlossene Vereine, die sich denselben Aufgaben wie der Bund, oder einzelnen Teilen dieser Aufgaben widmen, aufgenommen worden; größere Sport- und andere Vereinigungen haben ihren Eintritt zum Bunde angekündigt und Neuorganisationen stehen im Begriff, sich zu bilden. Turnvereine einschließlich Lehrturnvereine, die zum Teil schon beigetreten sind bzw. noch beizutreten beabsichtigen und ihre Unterstützung zur Förderung der gemeinsamen nationalen Aufgaben freundlichst zugesagt haben, sind dem Bunde willkommen.

Der erste diesjährige Lehrgang für Rausgefäßjucht fand in der Gefäßjuchtschule Kappelrodeck vom 20. bis 22. März durch Herrn Oberleutnant Jönisch im Auftrag der Landwirtschaftskammer statt. Es nahmen 9 Kuristen teil. Der Unterricht lehnte sich an den Lehrplan der Landwirtschaftskammer. Wertheim, 27. März. Fünf Herren machten am Sonntag vormittag in Frankfurt a. M. zur Erforschung des Radium-

geh. bis in höheren Luftschichten mit einem Freiballon eine Aufahrt. Raum waren die Herren in die Gondel eingestiegen, als durch einen Sturmwind eines der Ballone zerbrach. Der Ballon wurde nun in rasender Geschwindigkeit über die Dächer von Griesheim geschleift und schleuderte die Insassen mehrere Male gegen Schornsteine, wodurch viele von ihnen Verstauchungen und Quetschungen erlitten. Über Griesheim kam der Ballon in einen Wirbelwind, welcher den Ballon im Zeitraum von sieben Minuten in eine Höhe von 2400 Meter rief, wo seine Insassen eine Zeit lang einem heftigen Schneesturm preisgegeben waren. Nach einer Fahrt von 60 Minuten landeten die Herren, welchen man die übertriebene Lebensgefährlichkeit ansehen konnte, barhäuptig und zerstreut, aber glatt bei der Wiefelsmühle bei Hasloch, von wo sie laut „Werth, Ha.“ sich hierher bringen ließen. Der Ballon blieb unbeschädigt, während die mitgeführten wertvollen Instrumente verloren gegangen oder zertrümmert worden waren.

Schwegenen, 28. März. Am Schütte-Lanz-Luftschiff wurde in den letzten Wochen eifrig gearbeitet. Die Ballone sind bereits mit Gas gefüllt und die Hülle ist wieder um den Schiffskörper gelegt worden. Zur Füllung der Ballone wurden 4000 Flaschen Gas verwendet. Die nächsten Probefahrten dürften in ein oder zwei Wochen nach Ostern stattfinden.

Baden, 27. März. Die Deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft macht die Mitteilung, daß das Luftschiff „Schwaben“ am Osterfesten seinen regelmäßigen Fahrtenbetrieb wieder aufnimmt. In der Woche vor dem Feste finden Werkstattfahrten statt.

Bad. Rheinfelden, 27. März. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner letzten Sitzung den Gemeindeveranschlag für 1912, der eine Umlage von 21 Pf. gegenüber 20 Pf. im Vorjahre vorzieht.

Nadolz, 28. März. In einer Gemeinderatsitzung wurde bei Beratung des Veranschlags für 1912 eine Erhöhung des Umlagefußes von 30 auf 35 Pf. vorgeschlagen.

Aus Baden, 28. März. In Weingarten wurden bei der Bürgerausschuhwahl in der 3. Wählerklasse gewählt 10 Sozialdemokraten, 6 Vertreter der gemeinsam vorgehenden Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum, sowie 4 Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei. — Bei der Bürgerausschuhwahl der 3. Klasse auf 6 Jahre in Reulshausen bei Schwegenen erhielten Sitze die Katholiken 4, die Fortschrittler 4 und die Sozialdemokraten 2. — In der Gemeinde Bretten erhielten bei der Wahl in den Bürgerausschuß für die 3. Klasse Sitze: die Nationalliberalen und Fortschrittler 6, die Sozialdemokraten 6 und die Bürgervereiner (Zentrum, Konservativ und Bauernbündler) 12. — Nach Erledigung der Wahlen in Friedrichsfeld setzt sich der dortige Bürgerausschuß zusammen aus 27 Nationalliberalen, 18 Zentrum und 15 Sozialdemokraten.

Aus der Residenz.

St. Der Bürgerausschuß trat am Mittwoch nachmittag in die Beratung des Veranschlags für das Jahr 1912 ein. Vor Eröffnung der Generaldebatte wurden zwei Vorlagen über die Festsetzung des über die Aufgebotsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung städtischer Beamten maßgebenden Dienstentkommens und die Anstellung städtischer Beamten mit dem Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung und über die „Aufrechterhaltung von Kreditlinien und Genehmigung von Kreditüberreitungen“ beraten und einstimmig angenommen. — Der Oberbürgermeister eröffnete sodann die Veranschlagsberatung mit einer längeren Rede, in welcher er sich zunächst über die Finanzlage der Stadt äußerte und darin unter anderem ausführte: Ich freue mich, meine Meinung über den vorliegenden Veranschlag dahin aussprechen zu können, daß ich ihn für durchaus befriedigend halte, nicht nur deshalb, weil er ohne Umlagerhöhung abschließt, sondern ganz besonders deshalb, weil es gelungen ist, das wirtschaftliche und finanzielle Programm des städtischen Haushalts in vollem Umfang zu erfüllen, ohne die Umlage aufs neue steigern zu müssen. Ich hoffe, daß Sie mich nicht der Schmeichelei bezichtigt, wenn ich diese Anschauung ebenso rückhaltlos ausspreche, wie ich in anderen Jahren auf die Mängel und Schwächen der damaligen Veranschläge hingewiesen habe, was mir freilich den Vorwurf der Schwarzmalerei eingetragen hat, obgleich ich damals wie heute nur offen und ehrlich meine Auffassung bekannt gegeben habe. Wenn Sie nun berücksichtigen, daß der ungedeckte, also durch Umlage aufzubringende Aufwand seit 1906 von 1.780.000 M. auf 4.395.217 M., also auf das zweieinhalbfache, gestiegen ist, so werden Sie mir doch wohl recht geben müssen, wenn ich es für meine Pflicht hielt, immer wieder zur Vorsicht und zur Sparamkeit zu mahnen, ohne dabei das Notwendige und Nützliche, das wir mit den gegebenen Mitteln zu erreichen vermögen, zu vernachlässigen. Und ich möchte gleich hinzufügen, daß ich diese Mahnung auch heute noch aufrecht erhalten muß, einmal angesichts der ganz besonders großen und zahlreichen Ausgaben, die uns die nächste Zeit im Zusammenhang mit der Wohnhofverlegung und dem näher rückenden Stadtjubiläum 1915 auferlegt, dann aber auch weil ich die günstige Gestaltung unserer Finanzlage zum Teil wenigstens eben auf die von uns in den letzten Jahren geübte vorichtige und sparsame Wirtschaft glaube zurückführen zu dürfen, während sie zum großen Teil freilich auf die erfreuliche Besserung des allgemeinen Wirtschaftslebens, auf die ich schon im vorigen Jahr hinweisen konnte, beruht. Der Veranschlag enthält zwar, wie in dem Begleitbericht erwähnt, keinen Posten für die großen Ausgaben, die wir in diesem Jahre noch werden machen müssen für die Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter und der Beamten aus Anlaß der ankaltenden und wie es scheint neuerdings sich noch verschärfenden Teuerung der Lebens- und sonstigen notwendigen Verbrauchsmittel. Es war leider noch nicht möglich, vor Aufstellung des Veranschlags die Entwürfe für die Änderung des Lohn- und Gehaltsstufens so weit zu fördern, daß heute schon annähernd die Summe bezichtigt werden kann, die dafür im laufenden Wirtschaftsjahr aufgewendet werden muß. So viel scheint mir aber feststehen, daß die Aufbesserung mit Rückwirkung auf 1. Januar 1912 gewährt werden muß. Da wir zurzeit über 1100 Arbeiter und über 800 Beamte beschäftigen, so erfordert schon eine Aufbesserung von durchschnittlich nur 60 M. auf den Kopf die Summe von jährlich weit über 100.000 M. Meines Erachtens ist es möglich, diesen Betrag der Wirtschaft des laufenden Jahres zu entnehmen, ohne den Wirtschaftsumschlag so zu behindern, daß etwa im nächsten Jahre eine beträchtliche Umlagerhöhung dadurch zu befürchten wäre. Denn der Veranschlag ist, wie Sie sich überzeugen haben werden, namentlich bei den wirtschaftlichen Unternehmungen so vorichtig aufgestellt, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wiederum

mit erheblichen Überschüssen wird gerechnet werden können. In den gedruckten Bemerkungen zum Veranschlag sind die hauptsächlichsten Momente für dessen Beurteilung bereits hervorgehoben: Es ist dort die Erklärung gegeben für die erfreuliche Steigerung des Wirtschaftsumschlages vom Vorjahr, der uns um 168.000 M. mehr Deckungsmittel liefert als das Jahr 1910 für 1911 geliefert hat. Daran sind alle Einzelsachen mit zum Teil sehr beträchtlichen Mehrerträgen und Minderzuschießen beteiligt. Mehr abfiszten: Gaswerk 99.000 M., Wasserwerk 70.000 M., Elektrizitätswerk 277.000 M. Die Straßenbahn hat weniger Zuschuß gebraucht als vorgesehen war: 174.000 M., der Rheinhafen 99.000 M., das Bierordtbad 20.000 M., die Schulen 60.000 M., das Krankenhaus 27.000 M. Dieses erfreuliche Ergebnis ist der sorgfältigen und sparsamen Wirtschaftsführung in den verschiedenen Ämtern und Bureaus wesentlich mit zu verdanken, denen dafür die Anerkennung der Bürgerchaft gebührt. — Oberbürgermeister Siegrist ging sodann in seinen weiteren Ausführungen auf die Schuldenentlastung ein und kam dann auf die wichtigen Aufgaben zu sprechen, die der Stadt in Verbindung mit der Wohnhofverlegung bevorstehen. Was die Neuordnung und den Ausbau unserer Lokal- und Vorortverkehrsverhältnisse betrifft, so werden wir uns mit dem Ausbau der Straßenbahnlinien nach dem Hauptbahnhof, so viel Geld sie auch kosten, keineswegs begnügen können. Wir werden für eine weitere West-Ost-Verbindung sorgen müssen. Wir werden endlich auf die Einrichtung eines häufigeren Lokalverkehrs Karlsruhe-Müppur-Gellingen mit durchgehenden Wagen durch die Stadt Karlsruhe und auf die Ergänzung des Vorortbahnnetzes insbesondere in der Richtung Neureut-Eggenstein-Mühlheim bedacht sein müssen. Hier stoßen wir aber auf das zweite Hindernis für eine systematische Ausgestaltung unseres Verkehrsnetzes, und das besteht darin, daß wir neben der städtischen Straßenbahn zwei Privatgesellschaften haben, die ihre Bahnen ohne jede Rücksicht und ohne jede Beziehung zur städtischen Straßenbahn betreiben. Meines Erachtens muß nun das Bestreben der Stadt dahin gehen, die drei Bahnen zu einem einheitlichen Unternehmen mit einheitlichem Betrieb, Tarif, Fahrplan unter gemeinsamer Verwaltung zu vereinigen. In einer Ihnen demnächst zugehenden Denkschrift habe ich dieses schwierige und wichtige Problem eingehend erläutert, insbesondere die Vorteile, die es bei Erfüllung gewisser von der Stadt, insbesondere im sozialen Interesse zu stellenden Bedingungen bieten würde. Der Vorliegende beleuchtete sodann die Frage der **Wohnhofverlegung** und betonte: Nun wollen wir zur Tat schreiten, damit die Stadt nicht im Arbeitssturz vom Jahre 1915 überrollt wird, wo sie im Festfeld prangen sollte. Daburd ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß wir die Vorzüge des Professors Moser und die von künstlerischer Seite darauf geübte Kritik einer ernstlichen sachlichen Prüfung unterziehen, vorausgesetzt, daß auch die Kritik sich in sachlicher, in Nebenabsichten nicht befangener Weise geltend macht, was ich im Interesse unserer Stadt hoffen und wünschen möchte. Im übrigen ist das Festfeldproblem nicht die einzige, durch die Wohnhofverlegung aufgeworfene Stadterweiterungsfrage. Die Westseitigung der Schienengleise vom alten Bahnhof durch die ganze Stadt hindurch bis nach Mühlburg erfordert die Lösung nach einer ganzen Reihe derartiger Fragen. Der Oberbürgermeister schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Beratungen einen angenehmen und befriedigenden Verlauf nehmen und zu einem möglichst einhelligen Endergebnis führen möchten. — Die Veranschlagsberatungen dürften vor Samstag nicht zu Ende geführt werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Konstanz, 28. März. Zur gestrigen Abendtafel an Bord der „Hohenzollern“ waren unter anderem geladen: der deutsche Gesandte in Athen, sowie Konjul Sprenglin. Der Kaiser, Prinz August Wilhelm und die Prinzessinnen August Wilhelm und Viktoria Luise sowie das Gefolge sind heute vormittag von Bord der „Hohenzollern“ gegangen und haben sich zunächst nach dem Museum begeben, wo sie unter Führung von Professor Dörpfeld die dort aufgestellten Altertumsfunde besichtigten. Vom Museum aus begaben sich der Kaiser und die anderen Herrschaften in Automobilen nach dem Schloß Achilleion, wo Wohnung genommen wurde.

Berlin, 28. März. Der Reichstag hat heute bei der 2. Lesung des Postetats die Gewährung der Dürkumfuzulagen an die Reichsbeamten mit 183 gegen 122 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Paris, 28. März. Wie aus London gemeldet wird, dürfte der Prinz von Wales, der am nächsten Montag zu einem viermonatigen Aufenthalt nach Paris kommt, als Gast des Marquis de Preuille hier weilen, der mit dem verstorbenen König Eduard lange Jahre eng befreundet war.

Konstantinopel, 28. März. Die Meldung eines italienischen Blattes, daß die italienische Flotte die Einfahrt in die Dardanellen erzwungen und vier türkische Kriegsschiffe in den Grund gebohrt habe, ist völlig erfunden.

Verchiedenes.

Jurisd, 27. März. Der Schuhmann Glauß aus Wilhelmsbad wurde wegen zweier im Herbst vorigen Jahres ausgeführten Einbruchsdiebstähle, die bei der Verhandlung am 9. März noch nicht spruchreif waren, verurteilt zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre Zuchthaus, so daß er im ganzen 7 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat.

Sterode (Harz), 28. März. Hauptmann Neetsch (Infanterieregiment Nr. 18) ist heute von einem Soldaten von einem Kameradenentfernt aus erschossen worden. Der Täter erschloß sich darauf selbst.

Frankfurt a. M., 28. März. Als das Luftschiff „Vittoria Luise“ gestern nachmittag mit 11 Passagieren an Bord von Winkel, wohin es gefahren war, nach Frankfurt zurückkehren wollte, geriet es in einen Gewittersturm. Es war gezwungen, auf der Höhe von Hirschheim zu kreuzen und etwa dreiviertel Stunden zu warten, bis das Gewitter vorüberzog.

Wien, 28. März. Eine aus 11 Personen bestehende Gesellschaft von Skifahrern unter Führung des Wiener Bezirksrichters Hader wurde in der Nähe von Hochschneeberg bei Wien von einer Lawine erfasst und verdrückt. Im Laufe des Nachmittags wurden sechs aufgefundenen Leichen der verunglückten Skifahrer nach Schneeböckfeld verbracht und weitere vier Tote konnten geborgen werden. Eine Dame wurde lebend aufgefunden.

Graz, 27. März. Eine Wiener Skigesellschaft, bestehend aus drei Herren und einer Dame, die in das Hochschneeberggebiet gegangen war, wird vermisst. Eine Rettungsexpedition ist ausgeschiedt worden.

Peschawar, 27. März. Seit gestern wütet in der Stadt eine Feuerbrunst, der ungefähr dreihundert Häuser zum Opfer gefallen sind. Durch Niederreißen von Häusern ist eine Fliegerzone gegen das Feuer geschaffen worden. Viele Leute sind um ihr Hab und Gut gekommen. Menschenleben sind jedoch bis jetzt nicht zu beklagen.

Büsch, 27. März. Zwei Schweizer Skifahrer, die über den Septimerpaß in das Engadin wollten, wurden von Schneestürmen überrollt. Dem einen gelang es, abzusinken und Hilfe zu holen. Der andere, der vor Erschöpfung zurückgeblieben war, war aber bereits erstorben.

Paris, 27. März. In Dünkirchen wurden gestern Abend 4 Leute angehalten, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den Automobilbanditen hatten. Es stellte sich jedoch heraus, daß es vier bekannte Flieger waren, die in Dünkirchen eine Fliegerschule errichten wollten. In Mery (Departement Oise) wurde gestern Abend der Pariser Schnellzug von der Gendarmarie und einer bewaffneten Volkmenge umringt, die „Schlagt ihn tot!“ rief. In dem Zug befanden sich drei Automobilisten, die in Balmondais ihren Wagen verlassen und den Zug bestiegen hatten, was zu dem Gerücht Anlaß gab, daß sie die Automobilbanditen seien. Die Reisenden wiesen jedoch nach, daß sie friedliche Kaufleute seien. In Courbevois bei Paris wurde der Karabiner gefunden, mit dem einer der Banditen nach der Muttat von Chantilly die Verfolger abgewehrt hatte. Die Nachforschungen ergaben, daß der Karabiner aus einem am 24. Dezember v. J. bei einem Waffenschmied in der Rue Lafayette verübten Einbruchsdiebstahl herrührt, als dessen Urheber vor einiger Zeit ein Anarchist namens Ribaltisch und die verantwortliche Redakteurin an der Zeitung „Anarchie“, Frau Raitrejean, verhaftet wurden.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe, B.: Theodor Fröh, Pädernmeister. — Ein Mädchen, B.: Franz Käfer, Revijor. — B.: Otto Boshert, Kaufmann.

Chausgebote. Emil Birz von Reimach, Diplomingenieur in Nürnberg, mit Elsa Schmitt von hier. — Karl Gort von Godramstein, Gutmacher in Ladenburg, mit Frida Rothfrit von hier. — Lud. Hörnel von Edartsweier, Tagelöhner hier, mit Veria Rothfrit von Hertenalb. — Anton Degener von Bauerbach, Schneider hier, mit Rosina Müller von Blittersdorf. — Maximilian Maier von hier, Maler hier, mit Johanna Masfino von Reichenbach. — Aug. Kop von Stein, Mechaniker hier, mit Lina Henschler von Weingarten. — Gustav Godel von Jaiserweier, Hausdiener hier, mit Katharina Niklaus von hier. — Joh. Kollerbach von Offenburg, Amtsrichter und Ministerialsekretär hier, mit Veria Binz von hier. — Friedr. Müller von hier, Monteur hier, mit Luise Sihn von hier. — Lud. Wafel von Hagenbach, Schuhmann hier, mit Luise Wafel von Hagenbach. — Joh. Klingele von Gruenen, Brenner hier, mit Maria Katter von Döttingen.

Todesfälle. Pauline, B.: Joseph Eder, Bahnarbeiter. — Martha, B.: Friedr. Bihl, Bus, Betriebsassistent. — Ray Gafel, Major a. D., Wittwer. — Luise Schweizer, Witwe. — Artur, B.: Joseph Mah, Maschinist.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Freitag, 29. März, Abt. C. 49 Ab. Vorst. „Der Ring des Nibelungen“, Bühnenfestspiel von Richard Wagner. Zweiter Tag: „Siegfried“, in 3 Akten. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro, vom 28. März 1912.

Unter Zunahme an Tiefe ist die gestern über dem nordwestlichen Meer erichene Depression ostwärts bis Finnland weitergezogen. Ein nach dem Süden gerichteter Ausläufer, der sich inzwischen auch ostwärts verlagert hat, verursacht im Binnenland Trübung und stellenweise leichte Regenfälle. Die Worgentemperaturen sind im Norden etwas gesunken, im Süden wenig verändert. Der hohe Druck, der seinen Kern auf den Südoften verlagert hat, ertrückt sich von da aus weit in da Binnenland herein, doch wird er kaum zur Herrschaft kommen, da bei Island bereits eine neue, ziemlich tiefe Depression erichene ist, die wahrscheinlich wie ihre Vorgängerin ostwärts ziehen und uns beeinflussen wird. Es steht deshalb bewöltes und mildes Wetter mit stellenweisen leichten Regenfällen in Aussicht.

Wetternachrichten aus dem Süden.

vom 28. März, früh:
Lugano halbbedeckt 11 Grad, Biarritz bedeckt 10 Grad, Triest wolfig 12 Grad, Florenz bedeckt 11 Grad, Rom wolkenlos 9 Grad, Cagliari wolkenlos 11 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Witterung
27. Nachts 9 ^u II.	753.2	16.4	8.3	60	WSWS	bedeckt
28. Morgs. 7 ^u II.	754.4	10.5	5.8	62	WS	„
28. Mittags. 2 ^u II.	753.5	14.3	6.6	54	„	„

Höchste Temperatur am 27. März: 20.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.9.
Niederschlagsmenge, gemessen am 28. März, 7^u früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 28. März, früh: Schusterinsel 1.71 m, gefallen 10 cm; Mehl 2.65 m, gefallen 10 cm; Magau 4.33 m, gefallen 4 cm; Mannheim 3.73 m, gestiegen 4 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Mütter gebt Kindern
in der Entwicklung von Zeit zu Zeit BLOSON.
Erhält. in Apotheken, Drogerien usw. das Paket ca. 1/2, Kilo 3 M.

Pädagogium Schmidt u. Wiehl, Karlsruhe, B.
Telephon 1592
Vorbereitung auf alle Klassen höherer Schulen, zum Abiturium, Einjähr.- und Fähnrich-Examen
Prospekt frei.

Groß. Konservatorium für Musik, Karlsruhe

zugleich Theater- (Opern- und Schauspiel-) Schule.

Unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.
Beginn des Sommerkurses am 15. April 1912.

Der Unterricht erstreckt sich über alle Zweige der Musik und der Schauspielkunst und wird in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache erteilt. Zur Aufnahme in den Vorbereitungsklassen sind musikalische Vorkenntnisse nicht erforderlich. Die **Satzungen** des Groß. Konservatoriums, die den Unterrichtsplan und alle Angaben über die Aufnahmebedingungen und das Schulgeld enthalten, sind **kostenfrei** zu beziehen durch die **Direktion**, durch die Hofmusikalienhandlungen von **Friedrich Doert** u. **Hugo Kunz**, die Musikalienhandlungen von **Freih. Müller** und **Franz Tafel** (vorm. Hans Schmidt), durch die Herren Hofpianosortefabrikanten **Ludwig Schweidgut** und **Heinrich Maurer**, die Pianofortehandlung von **Jacob Kunz** und bei Hofinstrumentenmacher **Johann Padewet** in Karlsruhe.

Anmeldungen sind schriftlich oder mündlich zu richten an den C.269

Direktor Hofrat Professor **Heinrich Ordenstein**, **Sofienstr. 35.**
Sprechstunden täglich — außer Sonntags — von 2 bis 3 Uhr nachm.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe

KARLSRUHE 1911

FESTSCHRIFT

Der 83. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe

VIII und 564 Seiten mit 30 Abbildungen im Text und 2 Plänen in besonderem Umschlag

Preis geb. M. 2.20

In 57 Einzelbeiträgen, jeder von der dafür zuständigen Stelle verfaßt, werden die gegenwärtigen Verhältnisse und Einrichtungen unserer Stadt geschildert, und es ergibt sich im ganzen ein vollständiges, übersichtliches und bis ins einzelne genaues Bild von dem Stande, den Karlsruhe in seiner Entwicklung 1911 erreicht hat.

Aus dem reichen Inhalt des Buches sei folgendes genannt: Aus der Geschichte der Stadt (Prof. Dr. R. Goldschmidt), **Geologische Verhältnisse** (Prof. Dr. W. Paulcke), **Klimatische Verhältnisse** (Prof. Dr. Schultheiß), **Bevölkerungsstatistik** (Direktor Dr. Berendt), **Behördenorganisation** (Stadtrechtsrat Dr. Zierau), **Industrie, Handel und Gewerbe** (Sekretariat der Handelskammer), **der Hafen** (Hafenamtsdirektor Sebald), **Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer**, **Stadt. Arbeitsamt** (Bürgermeister Dr. Horstmann), **Verkehrseinrichtungen** (Direktor Dr. Berendt und Direktor Bussebaum), **Bau- und Wohnungswesen** (Geh. Oberbaurat Prof. Baumeister), **Feuerlöschwesen**, **Wasserversorgung**, **Lichtversorgung** (Stadtbaurat Heck), **Kanalisation** (Stadtbaurat Blum-Neff), **Nahrungsmittelversorgung** (Schlachthofdirektor Bayersdörfer), **die Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln** (Prof. G. Rupp), **Badanstalten** (Dr. med. Herm. Paul), **die hygien. Verhältnisse in den Gewerbebetrieben** (Gewerbeinspektor Dr. ing. Ritzmann), **hygien. Einrichtungen in den Betrieben der Stadt** (Direktor Dr. Berendt), **hygien. Einrichtungen der Groß. Eisenbahnverwaltung** (Generaldirektion), **hygien. Einrichtungen in den Kasernen** (Generaloberarzt Dr. Hahn), **Gesundheitspolizei** (Geh. Obermed.-Rat Dr. Hauser), **der Ortsgesundheitsrat** (Prof. G. Rupp), **Vereinstätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitspflege** (Geh. Obermed.-Rat Dr. Hauser), **Krankenanstalten** (Prof. Dr. B. von Beck), **Lazarette** (Generaloberarzt Dr. Hahn), **Armenpflege und Waisenfürsorge** (Bürgermeister Dr. Horstmann), **die Volks- und Fortbildungsschule** (Stadtschulrat Dr. Gerwig), **die Gewerbeschule** (Rektor Kuhn), **die Handelsschule** (Rektor Vogt), **die höh. Lehranstalten** (Geh. Hofrat Treutlein), **die Groß. Baugewerkeschule** (Geh. Oberbaurat Kircher), **die Groß. Technische Hochschule** (Prof. Dr. W. Paulcke), **Wissenschaftliche Institute und Vereine** (Geh.-Rat Dr. Wagner, Geh.-Rat Dr. Brambach, Galerieinspektor Dr. Koelitz, Archivdirektor Geh. Archivrat Dr. Obser, Prof. Dr. Max Schwarzmann, Prof. Dr. O. Fritsch u. a.), **Wissenschaftl. Bibliotheken** (Dr. Th. Längin), **die Kunst** (Prof. K. Widmer), **Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule** (Prof. K. Widmer), **Freiwillige Wohlfahrtspflege** (Geh.-Rat Müller, Landgerichtsdirektor Dr. Dölter, Bürgermeister Dr. Horstmann, Stadtrat Dr. Binz, Stadtrat Dr. L. Haas, Direktor Dr. Fr. Rösch u. a.).

Dem Texte sind zahlreiche Tabellen, Abbildungen und Pläne beigegeben. Ein besonderer Umschlag enthält einen farbig ausgeführten Bauzonen-Plan (1 : 15000) und einen Plan der Gemarkungsgrenzen von 1715, 1897 und 1910 (1 : 25000).

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag

Höhere Weberschule zu Reichenbach i. V.

Tagesschule mit 5 Abteilungen für Weberei u. Musterzeichnen

Gründl. prakt. u. theoret. Ausbildung von Fabrikanten, Direktoren, Musterzeichnern, Webereitechnikern und Werkmeister.

Beginn der Kurse Ostern u. Michaelis jeden Jahres. Näh. Auskunft u. illustr. Programm bereitwilligst durch den Direktor **Möller**.

Konfirmanden-

Stiefel für Mädchen und Knaben, gefällige bequeme Formen, Ia. Qualität.

Wäsche für Mädchen und Knaben (auch Stoffe meterweise).

Leibchen beste erprobte Formen, billigste Preise. C.284

Reformhaus zur Gesundheit

L. Neubert,
Kaiserstrasse 122 Ecke Waldstrasse.

Weine

(weiß u. rot) vom billigsten Tischwein bis zum feinsten Festtrunk.

Liköre

Sekt

in größter Auswahl billigst bei

Jean Kissel

Hoflieferant
Kaiserstraße 150
Telephon 335.

Partettböden

werden gereinigt u. gewischt, so wie d. Meinen u. Schau. Wohnungsfloren u. Glas. d. hein, Abwaschen von Häusern u. alle sonst. in d. Fach einsch. Arbeiten prompt u. billig ausgeführt durch

Das Reinigungsinstitut

**J. Käser, Jähringer-
straße 26**
Telephon 2893.

Holländische Angelschellfische, Kabeljau, Merlans, Rotzungen, Steinbutt etc.

treffen heute in bekannt erstklassiger Ware ein.

Herm. Munding

Hoflieferant
Kaiserstrasse 110 Telephon 1042

Bad Godesberg „Töchterpensionat“ bei Bonn a. Rh.

Haushaltlich u. wissenschaftl. Eigenes Haus. Großer Garten. Vorzüglich empfohlen. Eintritt jederzeit. C.309

Wein

Vorzügliche Tischweine
Hervorragende Flaschenweine
empfehlen zu billigsten Preisen die
Weinhandlung **Wilhelm Kronenwett**,
Hirschstraße 64 — Telephon 1277.

Großes Lager Badischer, Elsässer, Haardt, Rhein- und Moselweine.

Die Gewährleistung beim Tier- handel

nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. Gemeinverständlich für Richterjuristen dargestellt von **J. Mainhard**, Groß. Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe. Preis 60 Pfg. Partierpreise für Vereine: 100—200 Exemplare je 45 Pfg., 200—400 je 40 Pfg., 400—1000 je 35 Pfg.

Gewährschaftsformular für den Biehhandel.

uneinbringlich für jeden, auch den kleinsten Landwirt. Das einfache Ausfüllen des Formulars genügt, um gegen Ueberborteilung und Schaden geschützt zu sein. Preis einzeln 3 Pfg., 100 Stück M. 2.50, 1000 Stück M. 22.50. 19.V

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Jean Kissel

Hoflieferant
Kaiserstr. 150 Teleph. 335

empfehlen

Schellfische, Kabeljau, gewässerte Stockfische, Merlans, Rotzungen, Seezungen, Turbots (Steinbutt), Heilbutt, im Aufschnitt, Zander, Felchen, Rheinsalm (das Feinste was existiert).

Lebende und gekochte Hummern, frische Austern, Malossol-Kaviar Matjes-Heringe, Malta-Kartoffeln Fischräucherwaren Fischmarinaden

Junge Gänse, Enten, Poularden, Kapunen, Hähnen.

Konserven bei Posten erhöhter Rabatt

Frischer Waldmeister, Ananas, Blut-Orangen, Bananen, austral. Aepfel etc.

Fst. Eierteigwaren: Nudeln, Maccaroni etc. C.311

Kakes und Biskuit.

Weine (von ersten Produzenten), **Liköre, Sekt.**

Rabattmarken

Sorgfält. Versand.

Diskontierung von Buchforderungen

Diskontoverein E. G. m. b. H.
Stuttgart.

Anfragen sind zu richten an die Firma B.924

Joseph Liebmann
Karlsruhe i. B. Telephon 75.

Größtes Spezialhaus feiner Bürsten

als

**Zahnbürsten
Nagelbürsten
Kopfbürsten
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Taschenbürsten
Rasierpinsel**

feiner C.215

Kämme

als

**Frisierkämme
Staubkämme
Stielkämme
Taschenkämme
Fantasiekämme
Nadeln;**

Schwämme

jeder Art,
feiner

**Toilette - Spiegel
Toilette - Artikel**

sodann

für den Haushalt:

**Teppichkehrmaschinen
feine Türvorlagen
Parkettbodenschrubber
prima Wäscheleinen
gute Besen**

Herm. Ries

Ecke Friedrichsplatz
und Lammstraße.

Extra feines
Tafelöl
rein nach Geschmack
die Flasche **1.30** Mark

Alter Weinessig
mit **Estragon**
die Flasche **1.—** Mark.

V. Merkle Karlsruhe

Hoflieferant C.409

Telephon 175 Kaiserstr. 160

Maschinen- fabrik Badenia

vorm. Wm. Plab Söhne,
A. G. in Weinheim i. B.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am **Samstag, den 27. April 88. J8., vormittags 11 Uhr**, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zu Weinheim stattfindenden diesjährigen ordentlichen Generalversammlung eingeladen. C.408

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats,
2. Vorlage des Rechnungsabchlusses für das Geschäftsjahr 1911 u. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns,
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien oder eine mit den Nummern der Aktien versehen Bescheinigung über die auf Grund der Bestimmungen des § 255 G. B. erfolgte Hinterlegung der Aktien bei einem Notar spätestens bis **Mittwoch, den 21. April 88. J8., vor 6 Uhr abends**, bei der Gesellschaftskasse zu Weinheim oder den Bankhäusern Rheinische Creditbank in Mannheim und deren Filialen und Filialische Bank, Ludwigshafen a. Rh., und deren übrigen Niederlassungen zu hinterlegen.

Weinheim i. B.,
den 27. März 1912.
Der Vorstand:
Wm. Diekmann,
W. Plab.

11.636. Mannheim. Durch Ausschlußurteil Gr. Amtsgerichts Mannheim vom 21. März 1912 wurde der Pfandbrief der Rheinischen Hypothekendarb Mannheim über 500 M. Litera C, Serie 88 Nr. 6774 zu 4 Proz. pro Jahr verzinslich für kraftlos erklärt.

Mannheim, 22. März 1912.
Gerichtsschreiber Gröb.
Amtsgerichts 16.

11.637. Mannheim. Durch Ausschlußurteil Gr. Amtsgerichts Mannheim vom 21. März 1912 wurde der Pfandbrief der Rheinischen Hypothekendarb Mannheim Litera A, Serie 84 Nr. 1077 über 2000 M. zu 4 Prozent pro Jahr verzinslich für kraftlos erklärt.

Mannheim, 22. März 1912.
Gerichtsschreiber Gröb.
Amtsgerichts 16.

Der hygienische Bekanntmachungen.

Bauarbeiten-Vergabung

Fuß- und Glasteinarbeiten für Verwaltungsgebäude, Direktor- u. Arzthaus und Glasteinarbeiten für das Kesselhaus der Heil- und Pflegeanstalt bei Kenitz sind nach Finanzministerialverordnung v. 31. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. 11.541.3.2

Zeichnungen und Bedingungen liegen in unserem Bureau (Heingasse 19 II) vom 26. d. Mts. an auf, wofür die Angebotsformulare bis 6. April, 12 Uhr, abgegeben werden.

Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der nötigen Aufschrift versehen, bis längstens 10. April, vormittags 10 Uhr, bei uns eingereicht. Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Konkang, 22. März 1912.
Groß. Bezirksbauinspektion.